

April/Mai 2011

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)



DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



Schreckgespenst Arbeitnehmerfreizügigkeit



Am 1. Mai wird in Deutschland die uneingeschränkte Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreiheit auch für Beschäftigte aus den acht ost- und mitteleuropäischen Ländern, die im Jahr

2004 der Europäischen Union beigetreten sind, gelten. Eigentlich ein Grund zur Freude, denn Europa wächst weiter zusammen und Freizügigkeit in diesem Sinne ist ja ein Grundrecht eines jeden Unionsbürgers. Klaffende Lohnstandards und Ängste vor steigenden Arbeitslosenzahlen lässt dem Ende der bislang geltenden Übergangsregelungen nicht gerade Euphorie aufkommen.

Doch was ändert sich denn konkret am 1. Mai?

Grundsätzlich ist die Freizügigkeit ein Grundrecht der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Für den Arbeitnehmer soll es [...]eines der Mittel sein, die ihm die Möglichkeit einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen garantieren und damit auch seinen sozialen Aufstieg erleichtern, [...] allen Arbeitnehmern der Mitgliedstaaten muss das Recht zuerkannt werden, eine von ihnen gewählte Tätigkeit innerhalb der Gemeinschaft auszuüben.“ Diese Verordnung (EWG Nr. 1612/68) des Rates über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Gemeinschaft wurde bereits am 15. Oktober 1968 gefasst.

Nach der „EU-Osterweiterung“ 2004 waren die „alten“ Mitgliedstaaten aufgefordert, in ihren Ländern so schnell wie möglich Voraussetzungen für die Aufhebung von bestehenden Beschränkungen zu schaffen. Nur Deutschland und Österreich setzten sie über den höchstmöglichen Zeitraum von 7 Jahren aus.

Die Befürchtung ist nun, dass wenn ab 1. Mai 2011 auch hier zu Lande die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für BürgerInnen all dieser EU-Länder gilt, dies zu einer weiteren Ausbreitung von Niedriglöhnen führt. Hier muss entgegen gewirkt werden, denn in der Rhetorik rechter Parteien werden jetzt bereits osteuropäische Beschäftigte

für Lohndumping verantwortlich gemacht.

Wir als Linke werden weiterhin im Europäischen Parlament und auf allen anderen Ebenen für den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kämpfen. Wir werden für den gesetzlichen Mindestlohn und die Einführung sozialer Mindeststandards streiten.

Panik um Flüchtlingsströme - Sachsen profiliert sich inhuman



Während Bundesminister Friedrich großspurig verkündet Malta mit der Aufnahme von 100 Menschen aus Nordafrika zu unterstützen, weist Deutschland jede Verantwortung für

das derzeit drängendste Flüchtlingsproblem von sich. Denn das Gros der Menschen, die derzeit vor allem aus Tunesien und Libyen den Weg nach Europa suchen, kommen auf der italienischen Insel Lampedusa an, 23.000 sollen es laut Angaben von Pro Asyl seit Beginn der Revolutionen in Nordafrika gewesen sein. Mehrere Hundert sind bei der versuchten Flucht gestorben und verhungert. Es ist zudem hinlänglich bekannt, dass Italien weder über ein menschenwürdiges Aufnahmesystem für Bootsflüchtlinge verfügt noch in der Lage ist den nicht abbreißende Zustrom von Menschen zu händeln.

Der sächsische Innenminister Markus Ulbig sekundiert die Hardliner-Position des Bundesinnenministers. Gegenüber der Öffentlichkeit stellte er sich klar gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, für die Verschärfung der Grenzkontrollen und sogar die Aufhebung des Schengen-Systems. Aus unserer Sicht hätte Sachsen in dieser wichtigen Angelegenheit ein Zeichen von Humanität und Weitsicht zeigen können, indem es sein Gewicht für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Nordafrika und die Abschaffung der so genannten Dublin-2-Regelung in die Waagschale geworfen hätte. Weltoffenheit, mit der sich der Freistaat so gern schmückt, sieht anders aus.

Europäisches Parlament
Delegation DIE LINKE. in der GUE/NGL
Rue Wiertz, ASP 6F154
B-1047 Brüssel
cornelia.ernst@europarl.europa.eu
Assistentinnen:
Manuela Kropp: +32 (0)228-47660
Lorenz Krämer: +32 (0)228-37660
Fax: +32 (0)228-49660
manuela.kropp@europarl.europa.eu
lorenz.kraemer@europarl.europa.eu

Büro Dresden
Schweriner Straße 50a
01067 Dresden
Tel.: +49 (0)351-42690005
Fax: +49 (0)351-20699046
Jan Robert Karas
Susanna Karawanskij
Susann Scholz-Karas
europa@cornelia-ernst.de

Büro Leipzig im linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
Tel.: +49 (0)341-3081199
Juliane Nagel
juliane.nagel@linxxnet.de

Büro Chemnitz im Rothaus
Lohstraße 2
09111 Chemnitz
bei Anfragen:
Tel.: +49 (0)351-42690005
europa@cornelia-ernst.de

Europakontaktbüro Bautzen
Seminarstraße 5
02625 Bautzen
Tel./Fax: +49 (0)3591-270561
Jadwiga Betker
Ilona Messer
bautzen@cornelia-ernst.de

Newsletter von Dr. Cornelia Ernst

Delegation DIE LINKE. in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL)

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT



April/Mai 2011

Staatlicher Kontrollwahn verhindert wirksame Arbeit für eine demokratische Kultur



Im Ministerium von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder wurden bereits im vergangenen Jahr neue Bandagen für die Zivilgesellschaft ausgedacht. So müssen Vereine und Initiativen, die Fördermittel aus Bundesprogrammen für Demokratie beziehen wollen, seit geraumer Zeit eine so genannte „Demokratieklausel“ unterzeichnen, mittels derer sie sich zur Freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen, außerdem erklären, dass sie eine dem Grundgesetz förderliche Arbeit leisten und schließlich Sorge dafür tragen, dass auch ProjektpartnerInnen dies tun.

Gegen diesen Bekenntniszwang, der gleichsam eine verfassungsrechtlich fragwürdige Gesinnungsprüfung darstellt, gab es in den vergangenen Monaten breiten Protest aus Zivilgesellschaft, Politik und renommierten Organisationen wie dem Zentralrat der Juden. Dies beeindruckte weder die Bundesministerin noch den sächsischen Innenminister Markus Ulbig. Sachsen ist das einzige Bundesland, das die „Extremismusklausel“ für das landeseigene Programm „Tolerantes Sachsen“ übernommen hat.

Mit der Klausel sollen kritische Stimmen mundtot gemacht und die Initiativenlandschaft in gut und böse aufgeteilt werden. Wirksames Engagement gegen Neonazismus, für Demokratie wird somit verunmöglicht. Doch es kann noch schlimmer kommen: aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ geförderte sächsische Projekte sollen in Zukunft ihre Öffentlichkeitsarbeit mit der beim Sächsischen Sozialministerium angesiedelten Landeskoordinierungsstelle abstimmen. Bei Trägern wie der mit Opferberatung befassten RAA Sachsen und dem Kulturbüro Sachsen, Träger u.a. von Mobilien Beratungsteams, bedeutet das die Abstimmung JEDER Veröffentlichung. Laut Presseberichten soll bereits jetzt eine Publikation der RAA Sachsen von der Landeskoordinierungsstelle beanstandet worden sein.

Eine lebendige demokratische Kultur ist das wirksamste Mittel gegen neonazistische Einstellungen und Diskriminierungsdenken. Genau dies verhindern Bund und Freistaat Sachsen mit ihren absurden Kontrollmaßnahmen.

Die Kohäsionspolitik mit Auswirkungen vor Ort

Am 25. Februar 2011 trafen wir uns im Rathaus der Stadt Borna im Büro der Oberbürgermeisterin Frau Luedtke mit verschiedenen Vertretern regionaler Wirtschaftsvertretungen zu einem Gespräch. Begleitet wurden wir von der Sozialausschussvorsitzenden des Sächsischen Landtages Heike Werner. Anlass waren die Diskussion um die Zukunft der Kohäsionspolitik ab 2014 und das Herausfallen der Region Leipzig aus der Ziel 1 Förderung der Europäischen Union. Das bedeutet, dass die europäischen Fördermittel bereits um 10% gekürzt wurden. Alle TeilnehmerInnen waren sich einig, dass sich die Kürzung immer mehr zu einem Standortnachteil innerhalb Sachsens entwickelt. So stellte Dr. Müller-Syhring, Chef der Wirtschaftsförderung des Landkreises Leipzig fest, dass mit Verlust der Höchstförderung ein Fördermitteltourismus innerhalb des Landes eingesetzt hat. Zugesagte Investitionen werden nicht getätigt und Investoren weichen in die Gebiete um Chemnitz und Dresden aus. Auch Initiativen und Bitten um Hilfen an die Sächsische Staatsregierung blieben ungehört. So war den Beteiligten unklar, warum die Region Leipzig-Halle aus der Höchstförderung rausgefallen ist. Frühere Anfragen bei der Staatsregierung haben eine Vielzahl von Antworten gebracht, aber keine eindeutige Erklärung dafür.

Als weiteres Problem wurde die unterschiedliche Ausregulierung der Förderprogramme in den einzelnen Bundesländern dargestellt. Denn so ist z.B. eine Zusammenarbeit mit Tourismusverbänden aus Sachsen-Anhalt nur schwer oder teilweise gar nicht möglich. Positive Erfahrungen wurden größtenteils nur mit der Länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Tschechien gemacht.

Im weiteren Gespräch wurden die Vorstellungen der Beteiligten zur Zukunft der Kohäsionspolitik erörtert. Der Wegfall aller Fördermittel würde zu tiefgreifenden Problemen in der Region führen. Alle waren der Meinung, dass gerade die Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) weiterhin in der Region benötigt werden. Demografischer Wandel und eine hohe Arbeitslosigkeit verstärken die bestehenden Probleme und können nur durch eine weitere Förderung bewältigt werden. Das Gespräch fand in angenehmer Atmosphäre statt und alle Beteiligten möchten sich auch in Zukunft gemeinsam über die bestehenden Probleme austauschen.

